WP-1-69 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Isabell Drost (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 69 bis 79:
Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze und Förderprogramme einführen. Schon jetzt fordert das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen dürfen. Diese Regelung werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen: Wir setzen einen parteiunpolitischen, bereichsübergreifenden Klima-Sachverständigenrat mit Vetorecht ein. Für jedes Gesetz wird berechnet, wie viel Treibhausgase entstehen oder vermieden werden und wie sich das mit ~~den Klimazielen~~dem verbindlichen 1,5-Grad-Ziel vereinbaren lässt. Gleiches gilt für eine Abschätzung der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der Vergangenheit gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente, rasch umsetzbare Verfahren auflegen~~. Einen vergleichbaren Klima-Check werden wir für die Förderprogramme des Landes einführen~~. ~~Landesgeld~~Zukunftsorientierte Politik darf ~~nicht~~ die Klimakrise nicht weiter anheizen.

Begründung

Da sich dieser Abschnitt sowohl auf Gesetze als auch auf Förderprogramme bezieht, sollte beides von Beginn an genannt werden (dafür entfällt der spätere Satz zu den Förderprogrammen). Was die Konsequenzen eines ggf. negativen Klima-Checks sind, bleibt im bisherigen Entwurf offen und wer den genannten “Klimavorbehalt” anmeldet ist ebenfalls unklar. Daher der Vorschlag eines konkreten Vetorechts durch einen unabhängigen Klima- Sachverständigenrat (bezugnehmend auf den vorherigen Abschnitt “Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW”). Die vage Formulierung zur Vereinbarkeit mit “den Klimazielen” wird durch die Nennung des 1,5-Grad-Ziels präzisiert und hebt dessen Verbindlichkeit und unser Bekenntnis zu diesem hervor. Dass es im gesamten Abschnitt sowohl um Gesetze als auch Fördermittel geht, sollte auch im Schlusssatz berücksichtigt werden, weshalb es sinnvoll erscheint von “zukunftsorientierter Politik” allgemein und nicht nur von “Landesgeld” (v.a. auf “Förderprogramme” bezogen) zu sprechen.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Valentin Westerboer (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Felix Johannes Aumüller (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln)